

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 28. April 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über Soziale Sicherheit

A. Zielsetzung

Das Abkommen soll die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der sozialen Sicherheit regeln, soweit die seit dem 1. Januar 1994 zwischen den beiden Vertragsstaaten geltenden Regelungen der Europäischen Union (EU) über Soziale Sicherheit keine Anwendung finden. Dies betrifft insbesondere Personen, die nicht unter die EU-Regelungen fallen und nach dem bislang geltenden bilateralen Abkommen über Soziale Sicherheit vom 23. April 1979 geschützt sind.

B. Lösung

Grundsätzlich entsprechende Anwendung der Regelungen der EU im Bereich der sozialen Sicherheit im Verhältnis zwischen Deutschland und Finnland auch für Nicht-Erwerbstätige sowie für Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Staates außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums bzw. der EU besitzen. Dies dient der Verwaltungsvereinfachung. Das neue Abkommen stellt außerdem für die seit dem 1. Januar 1994 unter die Regelungen der EU fallenden Personen sicher, daß günstigere Regelungen des bislang geltenden Abkommens neben dem EU-Recht nicht zur Anwendung kommen. Das Abkommen vom 23. April 1979 tritt außer Kraft.

C. Alternativen

Keine.

Fristablauf: 17. 10. 97

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Preisliche Auswirkungen ergeben sich nicht.

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 28. April 1997
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Finnland
über Soziale Sicherheit

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (311) – 806 06 – Ab 48/97

Bonn, den 5. September 1997

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 28. April 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über Soziale Sicherheit

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 17. 10. 97

Entwurf

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 28. April 1997
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Finnland
über Soziale Sicherheit**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Helsinki am 28. April 1997 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über Soziale Sicherheit wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit dem Abkommen das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Finnland
über Soziale Sicherheit

Sopimus
Sosiaaliturvasta
Saksan liittotasavallan
ja Suomen tasavallan välillä

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Finnland --

Saksan liittotasavalta
ja
Suomen tasavalta

in dem Wunsch, das Abkommen vom 23. April 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über Soziale Sicherheit durch ein neues Abkommen ergänzend zu den Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72 zu ersetzen --

sind unter Berücksichtigung des Artikels 8 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 wie folgt übereingekommen:

joiden toivomuksena on korvata Saksan liittotasavallan ja Suomen tasavallan välinen 23 päivänä huhtikuuta 1979 tehty sopimus sosiaaliturvasta uudella sopimuksella täydentämään asetuksia (ETY) N:o 1408/71 ja 574/72,

ovat ottaen huomioon asetuksen (ETY) N:o 1408/71 8 artiklan säännökset sopineet seuraavasta

Abschnitt I
Allgemeine Bestimmungen

I Osasto
Yleiset määräykset

Artikel 1

1 artikla

Für die Anwendung dieses Abkommens gelten im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten, soweit es nichts anderes bestimmt,

Sopimuksen soveltamiseksi ovat, jollei toisin sovita, sopimusvaltioiden välisissä suhteissa voimassa

1. die Vorschriften der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (im folgenden als Verordnung bezeichnet),
2. die Vorschriften der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 über die Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und Selbständige sowie deren Familienangehörige, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern (im folgenden als Durchführungsverordnung bezeichnet), und
3. die zu ihrer Durchführung getroffenen Vereinbarungen.

1. asetuksen (ETY) N:o 1408/71 säännökset sosiaaliturvajärjestelmien soveltamisesta yhteisön alueella liikkuviin palkattuihin työntekijöihin, itsenäisiin ammatinharjoittajiin ja heidän perheenjäseniinsä (jäljempänä asetus).
2. asetuksen (ETY) N:o 574/72 säännökset sosiaaliturvajärjestelmien soveltamisesta yhteisön alueella liikkuviin palkattuihin työntekijöihin, itsenäisiin ammatinharjoittajiin ja heidän perheenjäseniinsä annetun asetuksen (ETY) N:o 1408/71 täytäntöönpanomenettelystä (jäljempänä täytäntöönpanoasetus) ja
3. näiden toimeenpanemiseksi tehdyt sopimukset.

Artikel 2

2 artikla

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es für den sachlichen Geltungsbereich der Verordnung mit Ausnahme der Leistungen bei Arbeitslosigkeit und der Familienleistungen.

1) Jollei sopimuksessa toisin määrätä, sillä on sama asiallinen soveltamisala kuin asetuksella, lukuun ottamatta työttömyysetuuksia ja perhe-etuuksia.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens finden die Rechtsvorschriften keine Anwendung, die sich für einen Vertragsstaat aus anderen zwischenstaatlichen Verträgen ergeben oder zu deren Ausführung dienen.

2) Sopimusta sovellettaessa ei oteta huomioon sopimusvaltion muiden valtioiden kanssa tekemistä sopimuksista tai niiden toimeenpanosta johtuvaa lainsäädäntöä.

(3) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens

3) Jos sopimusvaltion lainsäädännön perusteella edellytykset toisen sopimuksen soveltamiseksi tämän sopimuksen lisäksi

auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens erfüllt, so läßt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung des Abkommens das andere Abkommen unberücksichtigt.

(4) Die Absätze 2 und 3 finden keine Anwendung, soweit die Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus zwischenstaatlichen Verträgen ergeben oder zu deren Ausführung dienen, Versicherungslastregelungen enthalten.

Artikel 3

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es für die Personen, für welche die Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten gelten oder galten sowie deren Familienangehörigen oder Hinterbliebenen unter der Voraussetzung, daß sie nicht unter den persönlichen Geltungsbereich der Verordnung fallen.

(2) Soweit in diesem Abkommen bestimmt, gilt es auch für Personen, die unter den persönlichen Geltungsbereich der Verordnung fallen.

(3) Die Artikel 3 und 10 der Verordnung gelten nur für die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten, für Flüchtlinge und Staatenlose im Sinne der Verordnung sowie für die Familienangehörigen und Hinterbliebenen dieser Personen.

Artikel 4

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, werden Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats, die sich außerhalb der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaats. Dies gilt auch für Staatsangehörige der Vertragsstaaten, die unter den persönlichen Geltungsbereich der Verordnung fallen.

Abschnitt II

Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften

Artikel 5

(1) Für die Anwendung dieses Abschnitts gelten, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, die Vorschriften der Verordnung (Titel II) und der Durchführungsverordnung (Titel III).

(2) Die Bestimmungen über die anzuwendenden Rechtsvorschriften der Verordnung gelten entsprechend für

- die Vorschriften über die Beiträge und Umlagen nach den Regelungen über die Leistungen bei Arbeitslosigkeit,
- das Kindergeld nach den deutschen und finnischen Vorschriften; dies gilt entsprechend für begleitende Familienangehörige, soweit sie keine Erwerbstätigkeit ausüben.

(3) Verlegt eine Person, die nach den in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechtsvorschriften der Republik Finnland versichert war, den gewöhnlichen Aufenthalt in die Bundesrepublik Deutschland, so kann sie die Versicherung nach den in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland freiwillig fortsetzen. Dabei steht dem Ausscheiden aus der Versicherungspflicht nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland das Ausscheiden aus der Krankenversicherung nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland gleich. Die Versicherung wird von einer vom Versicherten zu wählenden Krankenkasse durchgeführt, soweit sich aus den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland nichts anderes ergibt. Die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend für Personen, deren Recht auf freiwillige Versicherung sich von der Versicherung einer anderen Person ableitet.

(4) Absatz 3 gilt auch für die in Artikel 3 Absatz 2 genannten Personen.

tätyttävät, tämän sopimusvaltion vakuutuslaitos jättää sopimusta soveltaessaan toisen sopimuksen huomioon ottamatta.

4) 2 ja 3 kappaleen määräyksiä ei sovelleta, jos Saksan liittotasavallan sosiaaliturvaa koskevassa lainsäädännössä, joka johtuu valtioiden välisistä sopimuksista tai niiden toimeenpanosta, on säännöksiä vastuun ottamisesta muissa maissa täytetyistä vakuutuskausista.

3 artikla

1) Jollei sopimuksessa toisin määrätä, sitä sovelletaan henkilöihin, joihin sovelletaan tai on sovellettu sopimusvaltion lainsäädäntöä, samoin kuin heidän perheenjäseniinsä tai jälkeensä jääneisiin, jollei heihin sovelleta asetusta.

2) Jos sopimuksessa niin määrätään sitä sovelletaan myös henkilöihin, joihin sovelletaan asetusta.

3) Asetuksen 3 ja 10 artiklan säännöksiä sovelletaan vain sopimusvaltioiden kansalaisiin, asetuksen tarkoitamiin pakolaisiin ja valtiottomiin henkilöihin sekä heidän perheenjäseniinsä ja jälkeensä jääneisiin.

4 artikla

Jollei sopimuksessa toisin määrätä, maksetaan sopimusvaltion lainsäädännön mukaiset etuudet sopimusvaltioiden ulkopuolella asuville toisen sopimusvaltion kansalaisille samoin edellytyksin kuin siellä asuville ensiksi mainitun sopimusvaltion kansalaisille. Tätä sovelletaan myös sellaisiin sopimusvaltion kansalaisiin, joihin sovelletaan asetusta.

II Osasto

Sovellettavaa lainsäädäntöä koskevat määräykset

5 artikla

1) Jollei sopimuksessa toisin määrätä sovelletaan tähän osastoon asetuksen (II osasto) ja täytäntöönpanoasetuksen (III osasto) säännöksiä.

2) Asetuksen sovellettavan lainsäädännön määräämistä koskevia säännöksiä sovelletaan vastaavasti

- lainsäädäntöön, joka koskee työttömyysetuuksien vakuutusmaksuja ja kustannusten jakoa
- Saksan ja Suomen lainsäädännön mukaiseen lapsilisään, tätä sovelletaan vastaavasti mukana seuraaviin perheenjäseniin, jos he elivät ole ansiotyössä.

3) Jos 2 artikla 1 kappaleessa tarkoitettu Suomen tasavallan lainsäädännön mukaisesti vakuutettu henkilö muuttaa Saksan liittotasavaltaan, hän voi vapaaehtoisesti jatkaa vakuutusta 2 artiklan 1 kappaleessa tarkoitettua Saksan liittotasavallan lainsäädännön mukaisesti. Tällöin rinnastetaan Suomen tasavallan lakisääteisen sairausvakuutuksen lakkaaminen Saksan liittotasavallan lainsäädännön mukaisen vakuutusvelvollisuuden lakkaamiseen. Vakuutuksen toimeenpanosta vastaa vakuutetun valitsema sairauskassa, jollei Saksan liittotasavallan lainsäädännöstä muuta johdu. 1–3 virkettä sovelletaan vastaavasti henkilöihin, jotka johtavat oikeutensa vapaaehtoiseen vakuutukseen toisen henkilön vakuutuksesta

4) 3 kappaleen määräyksiä sovelletaan myös 3 artiklan 2 kappaleessa tarkoitettuihin henkilöihin.

Abschnitt III

Besondere Bestimmungen über Leistungsansprüche

Artikel 6

(1) Für die Anwendung dieses Abschnitts gelten, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, die Vorschriften der Verordnung (Titel III, Kapitel 1 bis 5 und 8) und der Durchführungsverordnung (Titel IV, Kapitel 1 bis 5 und 8).

(2) Für Waisen, die sich außerhalb des Hoheitsgebiets der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums gewöhnlich aufhalten, gilt Artikel 45 der Verordnung. Die Berechnung der Waisenrente erfolgt nach den nationalen Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten. Dies gilt auch für die unter Artikel 3 Absatz 2 fallenden Waisen.

Artikel 7

(1) Hat eine Person Versicherungszeiten in den Rentenversicherungen beider Vertragsstaaten zurückgelegt und ist nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten bei der Berechnung der Rente eine Zurechnungszeit zu berücksichtigen, so gilt für die Berechnung der Beschäftigtenrente nach den finnischen Rechtsvorschriften folgendes:

Der finnische Träger der Rentenversicherung berücksichtigt die Zeit bis zum Rentenalter nach dem Verhältnis zwischen den nach seinen Rechtsvorschriften vor Eintritt des Versicherungsfalls zurückgelegten Versicherungszeiten und den gesamten, nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten vor Eintritt des Versicherungsfalls zurückgelegten Versicherungszeiten.

(2) Absatz 1 gilt auch für Personen, die unter den persönlichen Geltungsbereich der Verordnung fallen.

Artikel 8

(1) Für Staatsangehörige der Vertragsstaaten sowie für Flüchtlinge und Staatenlose im Sinne der Verordnung, die nach Vollendung des 16. Lebensjahrs eine ununterbrochene Wohnzeit von mindestens drei Jahren in der Republik Finnland zurückgelegt haben und sich im Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten, gelten in bezug auf den Leistungsanspruch und auf die Leistungsgewährung die finnischen Rechtsvorschriften über Volksrenten und allgemeine Hinterbliebenenrenten, wie sie für finnische Staatsangehörige mit Wohnsitz in der Republik Finnland gelten. Bei Hinterbliebenenrenten gilt entsprechendes, wenn die verstorbene Person Staatsangehöriger eines der Vertragsstaaten, Flüchtling oder Staatenloser im Sinne der Verordnung war. Der Rentenbetrag richtet sich nach der Zahl der Jahre des gewöhnlichen Aufenthalts in der Republik Finnland.

(2) Waisenrenten werden unter Berücksichtigung des Artikels 6 Absatz 1 geleistet.

Abschnitt IV

Verschiedene Bestimmungen

Artikel 9

Für die Durchführung dieses Abkommens gelten, soweit es nichts anderes bestimmt, die Vorschriften der Durchführungsverordnung.

Artikel 10

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Urkunden der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaats über Beiträge und sonstige Forderungen aus der Sozialversicherung werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaats widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

III Osasto

Etuuksia koskevat erityismääräykset

6 artikla

1) Jollei sopimuksessa toisin määrätä, sovelletaan tähän osastoon asetuksen (III osaston 1-5 ja 8 luku) ja täytäntöönpanoasetuksen (IV osaston 1-5 ja 8 luku) säännöksiä.

2) Euroopan talousalueeseen kuuluvien valtioiden ulkopuolella asuviin orpoihin sovelletaan asetuksen 45 artiklan säännöksiä. Lapseneläke määräytyy sopimusvaltioiden kansallisen lainsäädännön perusteella. Tämä koskee myös 3 artiklan 2 kappaleessa tarkoitettuja orpoja.

7 artikla

1) Jos henkilö on täyttänyt kummankin sopimusvaltion eläkevakuutuksen mukaisia vakuutuskausia ja kummankin sopimusvaltion lainsäädännön perusteella eläkettä määrättäessä otetaan tuleva aika huomioon, Suomen lainsäädännön mukainen työeläke lasketaan seuraavasti:

Suomalainen eläkevakuutuslaitos ottaa huomioon ajan vanhuuseläkeikään saakka siinä suhteessa kuin Suomen lainsäädännön mukaisesti ennen vakuutustapahtumaa täytetyt vakuutuskaudet ovat kummankin sopimusvaltion lainsäädännön mukaisesti ennen vakuutustapahtumaa täytettyihin vakuutuskausiiin.

2) 1 kappaleen määräyksiä sovelletaan myös henkilöihin, joihin sovelletaan asetusta.

8 artikla

1) Myönnettäessä ja maksettaessa Suomen kansaneläkelain ja yleisen perhe-eläkelain mukaisia etuuksia sopimusvaltion alueella asuville sopimusvaltioiden kansalaisille sekä asetuksen tarkoittamille pakolaisille ja valtiottomille henkilöille, jotka 16 vuotta täytettyään ovat asuneet yhtäjaksoisesti vähintään kolme vuotta Suomen tasavallassa, sovelletaan samoja säännöksiä kuin Suomen tasavallassa asuviin Suomen kansalaisiin. Sama koskee perhe-eläkkeitä, jos edunjäntäjä oli sopimusvaltion kansalainen tai asetuksen tarkoittama pakolainen tai valtioton henkilö. Eläkkeen määrä riippuu Suomen tasavallassa asuttujen vuosien lukumäärästä.

2) Lapseneläkkeiden osalta otetaan 6 artiklan 1 kappaleen määräykset huomioon.

IV Osasto

Muut määräykset

9 artikla

Jollei sopimuksessa toisin määrätä, sen toimeenpanemiseksi sovelletaan täytäntöönpanoasetuksen säännöksiä.

10 artikla

1) Sopimusvaltion tuomioistuinten täytäntöönpanokelpoiset päätökset samoin kuin sopimusvaltion vakuutuslaitosten tai viranomaisten sosiaalivakuutuksen vakuutusmaksuja ja muita vaatimuksia koskevat täytäntöönpanokelpoiset asiakirjat tunnustetaan toisessa sopimusvaltiossa.

2) Tunnustamisesta saa kieltäytyä vain jos se on sen sopimusvaltion yleisen oikeusjärjestyksen vastaista, missä päätös tai asiakirja olisi tunnustettava.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dem vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Vertragsstaat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern in einem Vertragsstaat aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Konkurs- und Vergleichsverfahren im anderen Vertragsstaat die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen in diesem Vertragsstaat.

(5) Sonstige Forderungen im Sinne des Absatzes 1 sind auch die in Artikel 93 der Verordnung bezeichneten Ersatzansprüche.

(6) Absätze 1 bis 5 gelten auch, soweit die Verordnung Anwendung findet.

Artikel 11

Die Regierungen der Vertragsstaaten oder die zuständigen Behörden können die zur Durchführung des Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen vereinbaren. Sie unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften.

Abschnitt V

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 12

Für die Feststellung und Neufeststellung von Leistungen gelten die Artikel 94 und 95 der Verordnung sowie die Artikel 118 und 119 der Durchführungsverordnung mit Inkrafttreten dieses Abkommens entsprechend.

Artikel 13

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaats einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaats oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht Staatsangehöriger eines Vertragsstaats ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

3) 1 kappaleen mukaisesti tunnustetut täytäntöönpanokelpoiset päätökset ja asiakirjat pannaan täytäntöön toisessa sopimusvaltiossa. Täytäntöönpanossa noudatetaan sen sopimusvaltion lainsäädäntöä, jossa täytäntöönpano tapahtuu, siltä osin kuin siinä säädetään tässä sopimusvaltiossa annettujen vastaavien päätösten ja asiakirjojen täytäntöönpanosta. Päätös tai asiakirja on varustettava sen täytäntöönpanokelpoisuutta koskevalla todistuksella (täytäntöönpanolauseke).

4) Sopimusvaltion vakuutuslaitoksen maksamattomia vakuutusmaksuja koskevilla saatavilla on toisen sopimusvaltion pakotäytäntöönpanossa sekä konkurssi- ja akordimenettelyssä sama etuoikeus kuin vastaavilla saatavilla tässä sopimusvaltiossa.

5) 1 kappaleessa tarkoitettuja muita vaatimuksia ovat myös asetuksen 93 artiklassa tarkoitetut korvausvaatimukset.

6) 1–5 kappaleen määräyksiä sovelletaan myös sovellettaessa asetusta.

11 artikla

Sopimusvaltioiden hallitukset tai asianomaiset viranomaiset voivat sopia sopimuksen toimeenpanemiseksi tarvittavista hallinnollisista toimenpiteistä. Ne ilmoittavat toisilleen 2 artiklassa tarkoitetun lainsäädännön muutoksista ja täydennyksistä.

V Osasto

Siirtymä- ja loppumääräykset

12 artikla

Etuuksia vahvistettaessa tai uudestaan vahvistettaessa sovelletaan sopimuksen voimaantulosta lukien asetuksen 94 ja 95 artiklan sekä täytäntöönpanoasetuksen 118 ja 119 artiklan säännöksiä.

13 artikla

1) Asianomaisten viranomaisten on mahdollisuuksien mukaan ratkaistava sopimusvaltioiden väliset sopimuksen tulkintaa tai soveltamista koskevat erimielisyydet.

2) Jollei erimielisyyttä voida selvittää tällä tavoin, se alistetaan sopimusvaltion vaatimuksesta välimiesoikeuden ratkaistavaksi.

3) Välimiesoikeus muodostetaan kutakin tapausta varten erikseen siten, että kumpikin sopimusvaltio määrää yhden jäsenen ja kummatkin jäsenet sopivat puheenjohtajasta, jonka tulee olla kolmannen valtion kansalainen ja jonka kummankin sopimusvaltion hallitukset määräävät puheenjohtajaksi. Jäsenet määrätään kahden ja puheenjohtaja kolmen kuukauden kuluessa siitä, kun sopimusvaltio on ilmoittanut toiselle tahtovansa alistaa erimielisyyden välimiesoikeuden ratkaistavaksi.

4) Jollei 3 kappaleen määräaikoja noudateta, kumpikin sopimusvaltio voi, jollei toisin sovita, pyytää Euroopan ihmisoikeustuomioistuimen puheenjohtajaa tekemään tarvittavat nimitykset. Jos puheenjohtaja on sopimusvaltion kansalainen tai jos hän on myös esteellinen, nimitykset tekee arvoasteikossa seuraava oikeuden jäsen, joka ei ole sopimusvaltion kansalainen.

5) Välimiesoikeus tekee ratkaisunsa enemmistöperiaatteella sopimusvaltioiden välillä voimassa olevien sopimusten ja yleisen kansainvälisen oikeuden perusteella. Sen ratkaisut ovat sitovia. Kumpikin sopimusvaltio vastaa jäsenensä kustannuksista samoin kuin sille asian käsittelystä välimiesoikeudessa aiheutuneista kuluista. Sopimusvaltiot vastaavat kumpikin puoliksi puheenjohtajan kustannuksista samoin kuin muista kuluista. Välimiesoikeus voi sopia muunlaisesta kustannusten jaosta. Muilta osin välimiesoikeus päättää itse menettelytavoistaan.

Artikel 14

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen.

(2) Tritt das Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter. Einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluß eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Artikel 16

Mit Inkrafttreten dieses Abkommens treten außer Kraft

- a) das am 23. April 1979 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über Soziale Sicherheit,
- b) die am 28. November 1985 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Finnland geschlossene Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 23. April 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über Soziale Sicherheit,
- c) das am 23. April 1979 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über Leistungen für Arbeitslose.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen zu Helsinki, am 28. April 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und finnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Saksan liittotasavallan puolesta
Freiherr von Pfetten-Arnach

Für die Republik Finnland
Suomen tasavallan puolesta
Sinikka Mönkäre

14 artikla

1) Sopimus on ratifioitava. Ratifioimiskirjat vaihdetaan niin pian kuin mahdollista Bonnissa.

2) Sopimus tulee voimaan toisen kuukauden ensimmäisenä päivänä sen kuukauden jälkeen, jolloin ratifioimiskirjat on vaihdettu.

15 artikla

1) Sopimus on voimassa toistaiseksi. Kumpikin sopimusvaltio voi kirjallisesti diplomaattitietse irtisanoa sen päättymään kalenterivuoden lopussa kolmen kuukauden irtisanomisajalla.

2) Jos sopimus irtisanomisen vuoksi lakkaa olemasta voimassa, sen määräykset ovat edelleen voimassa aikaisemmin syntyneisiin etuuksiin koskeviin oikeuksiin nähden. Näihin oikeuksiin ei sovelleta rajoittavaa lainsäädäntöä ulkomailta asumiseen perustuvasta oikeuden kumoamisesta etuuden lepäämäänjättämisestä tai lakkauttamisesta.

16 artikla

Sopimuksen tullessa voimaan kumotaan

- a) 23 päivänä huhtikuuta 1979 allekirjoitettu Saksan liittotasavallan ja Suomen tasavallan välinen sopimus sosiaaliturvasta
- b) 28 päivänä marraskuuta 1985 tehty Saksan liittotasavallan hallituksen ja Suomen tasavallan hallituksen välinen sopimus huhtikuun 23 päivänä 1979 allekirjoitetun Saksan liittotasavallan ja Suomen tasavallan välisen sosiaaliturvasta tehdyn sopimuksen toimeenpanemisesta.
- c) 23 päivänä huhtikuuta 1979 allekirjoitettu Saksan liittotasavallan ja Suomen tasavallan välinen sopimus työttömyys-etuuksista.

Tämän vuoksi ovat sopimusvaltioiden valtuutetut allekirjoittaneet ja sinetöineet sopimuksen.

Tehty Helsingissä 28 päivänä huhtikuuta 1997 kahtena kappaleena sekä saksaksi että suomeksi, ja kummankin kieliset tekstit ovat yhtä todistusvoimaiset.

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Seit dem Beitritt Finnlands zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) am 1. Januar 1994, auf den der Beitritt zur Europäischen Union (EU) folgte, gilt im Bereich der sozialen Sicherheit für Arbeitnehmer und Selbständige deutscher und finnischer Staatsangehörigkeit die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 (EWG-Verordnung) und nicht mehr das bilaterale deutsch-finnische Abkommen vom 23. April 1979 über Soziale Sicherheit. Dieses gilt noch weiter für Personen, die nicht unter die EWG-Verordnung fallen, d. h. Nichterwerbstätige und Staatsangehörige von Staaten, die nicht Mitglied des EWR bzw. der EU sind (Nicht-EWR-Staatsangehörige und Nicht-EU-Staatsangehörige), bedarf aber der Anpassung an die neuen Gegebenheiten. Das neue Abkommen bringt auch für diese Personen die dem bisherigen Abkommen entsprechenden Vorschriften der EWG-Verordnung zur Anwendung und führt damit zu einer Verwaltungsvereinfachung, indem für die unter die EWG-Verordnung fallenden wie auch für die nicht von ihr erfaßten Personen grundsätzlich eine einheitliche Rechtsanwendung erfolgt.

Hinsichtlich der Rechte und Pflichten einschließlich der Leistungsansprüche ergeben sich gegenüber dem bisherigen Abkommen keine wesentlichen Änderungen.

Darüber hinaus wird durch das Außerkrafttreten des bisherigen bilateralen Abkommens sichergestellt, daß für die unter die EWG-Verordnung fallenden Personen, insbesondere deutsche und finnische Staatsangehörige, günstigere Vorschriften des bisherigen bilateralen Abkommens nicht kumulativ neben der EWG-Verordnung weitergelten; in bezug auf diese Personen übernimmt das neue Abkommen Regelungen des bisherigen Abkommens, die bislang schon ergänzend zur EWG-Verordnung Anwendung fanden.

II. Besonderer Teil

Artikel 1 enthält Erläuterungen zu wiederholt im Abkommen verwendeten Begriffen und erleichtert damit dessen Anwendung.

Artikel 2 legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest (Kranken-, Unfall- und Rentenversiche-

rung). Die Absätze 2 und 3 bestimmen, daß der deutsche Träger bei Anwendung des Abkommens andere Abkommen oder überstaatliche Regelungen unberücksichtigt läßt.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt (siehe unter I.).

Artikel 4 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung bei der Erbringung von Leistungen an Staatsangehörige der Vertragsstaaten, die außerhalb von Deutschland und Finnland wohnen.

Artikel 5 Absätze 1 und 2 verweist hinsichtlich der Regelungen, nach denen die deutschen oder die finnischen Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht Anwendung finden, auf die entsprechende Anwendung der EWG-Verordnung. Absatz 3 enthält eine Regelung in bezug auf die freiwillige Versicherung in der deutschen Krankenversicherung bei Verzug von Finnland nach Deutschland.

Artikel 6 sieht hinsichtlich der besonderen Bestimmungen über die Leistungsansprüche die Anwendung der Regelungen der EU über Soziale Sicherheit vor. Aufgrund des Artikels 3 Absatz 3 gelten jedoch die Regelungen der EU über die Gleichbehandlung mit den eigenen Staatsangehörigen eines Vertragsstaats und die Rentenzahlung ins Ausland nicht für Nicht-EWR- bzw. Nicht-EU-Staatsangehörige.

Die Artikel 7 und 8 enthalten besondere Regelungen für die Rentenversicherung (Ausschluß von Doppelleistungen, Klarstellung in bezug auf die finnische Volksrente).

Die Artikel 9 bis 15 enthalten die üblichen Regelungen für das Zusammenwirken der in den beiden Staaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen sowie Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Nach Artikel 16 treten das Abkommen vom 23. April 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über Soziale Sicherheit und das Abkommen vom 23. April 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über Leistungen für Arbeitslose außer Kraft.

17.10.97

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 28. April 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über Soziale Sicherheit

Der Bundesrat hat in seiner 717. Sitzung am 17. Oktober 1997 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf Einwendungen nicht zu erheben.